

Felix Syrovatka

Resilienz als Fortschreibung neoliberaler Krisenbearbeitung¹

Das Resilienzkonzept in der europäischen Arbeitsmarktpolitik

1. Einleitung

Die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, welche die EU seit 2008 erschütterte, gilt als überwunden (Sablowski u.a. 2018). Die Wirtschaft wächst und auch die Arbeitslosigkeit ging in den letzten Jahren kontinuierlich zurück. Der ehemalige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (2018: 3) unterstrich in seiner letzten Rede zur Lage der Union die Fortschritte der letzten zehn Jahre. Zugleich betonte er, dass die „Wirtschafts- und Finanzkrise [...] ihren Ursprung außerhalb Europas hatte und uns doch mit voller Wucht getroffen hat“ (Juncker 2018: 3). Dementsprechend müsse die EU, und insbesondere die Währungsunion, so reformiert werden, dass sie gegen externe Schocks abgesichert, also resilient sei. Resilienz ist vor allem im europäischen Kontext zu einem politischen Schlüsselbegriff geworden. Insbesondere im Zusammenhang mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in der Klimapolitik der Union, findet sich der Begriff an prominenter Stelle und soll mit einer nachhaltigen, weitsichtigen und langfristigen Politik assoziiert werden. Seit Krisenbeginn vor zehn Jahren wird er zunehmend auch in Bezug auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verwendet.

In der kritischen Europaforschung als auch bei den Gewerkschaften blieb die zunehmende Popularität des Resilienzbegriffes in fast allen Bereichen europäischer Politik weitgehend unbeachtet. Der folgende Artikel will am Beispiel europäischer Arbeitsmarktpolitik den neuen Schlüsselbegriff europäischer Politikformulierung einer kritischen Analyse unterziehen. So wird argumentiert,

1 Mein Dank gilt Etienne Schneider, Ingo Stützle, Tobias Haas, Hans-Jürgen Bieling, Martin Höpner, Dorothea Schmidt, Thomas Sablowski, Oskar Jensen, Roland Erne sowie den TeilnehmerInnen des Workshop des Projektverbunds „Europäische Wirtschafts- und Sozialintegration“ in Bremen für ihre hilfreichen Anmerkungen und Kommentare.

dass der Begriff „ökonomische Resilienz“ auf europäischer Ebene dazu dient, die Krisenbearbeitung *ex-post* zu legitimieren und zugleich der Permanenz ihrer austeritätspolitischen Orientierung im europäischen Staatsapparateensemble einen begrifflich-konzeptionellen Rahmen zu geben. Ökonomische Resilienz beschreibt demnach im europäischen Kontext die Radikalisierung der „wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise“ (Ziltener 1999) durch die Etablierung vertikaler Integrationskanäle in Form direkter makroökonomischer Überwachung der Mitgliedsstaaten (Erne 2018: 237f.). Der Begriff selbst stellt den Rahmen dar, wodurch die Etablierung und Durchsetzung neuer Integrationsformen begründet und diese in einen breiteren strategischen Rahmen eingebettet werden.

Im Folgenden wird 1. die Entwicklung des Flexicurity-Konzeptes in der Krise nachgezeichnet. In einem 2. Schritt wird nach der Herkunft des Resilienzbegriffs gefragt und nachgezeichnet, wie er seinen Weg von der Psychologie in die Sozialwissenschaften gefunden hat. Darauf folgend wird 3. gezeigt, inwiefern der Resilienzbegriff zum Universalbegriff europäischer Politikformulierung geworden ist und, was er 4. für die europäische Arbeitsmarktpolitik bedeutet. Der Artikel basiert auf der systematischen Auswertung und Triangulation von dreizehn Experteninterviews mit VertreterInnen der Europäischen Kommission und Europäischer Gewerkschaften im März 2019 sowie einer qualitativen Dokumentenanalyse verschiedener Positionspapiere und offizieller Dokumente der Europäischen Kommission, welche sich konkret mit der Resilienz europäischer Arbeitsmärkte auseinandersetzen.

2. Flexicurity in der Krise?

Spätestens seit Anfang der 1990er Jahre ist das Konzept der *flexicurity* Gegenstand arbeitsmarktpolitischer Debatten in Europa. Mit ihm sollte der Gegensatz zwischen Flexibilität (*flexibility*) und Sicherheit (*security*) auf dem Arbeitsmarkt nicht nur begrifflich, sondern auch praktisch aufgehoben werden. Seine Wurzeln hat das Konzept in Dänemark („goldenes Dreieck“) und den Niederlanden („Poldermodell“), wo *flexicurity* bereits seit Ende der 1980er Jahre Eingang in den arbeitsmarktpolitischen Diskurs gefunden hatte (Kronauer/Linne 2007). Das Ziel des Konzeptes war es, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Mechanismen so anzupassen, dass sie den Erfordernissen der Globalisierung und zugleich den Sicherheitsbedürfnissen der Beschäftigten gerecht wurden. Die wirtschaftlichen Erfolge beider Länder und die niedrigen Arbeitslosenzahlen führten zu einer erhöhten europäischen Aufmerksamkeit. Auch aufgrund zahlreicher Wahlsiege der europäischen Sozialdemokratie in den 1990er Jahren und ihrer Orientierung an einer „Politik des dritten Weges“ (Giddens 2000)

konnte das Konzept solch eine politische Strahlkraft entfalten, dass es Anfang der 2000er Jahre zum arbeitsmarktpolitischen Leitkonzept avancierte (Keune 2008: 10ff.). Im Jahr 2007 – also kurz vor dem Krisenausbruch – wurde *flexicurity* durch den Rat als offizielles Leitbild europäischer Arbeitsmarktpolitik und in der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) festgeschrieben (COM 2007).

In der Krise erlebte das Konzept jedoch einen erheblichen Wandel und Bedeutungsverlust. Es fand im Krisenkontext kaum noch Erwähnung. Dort, wo es noch aufgegriffen wird, kann eine konzeptionelle Re-Definition beobachtet werden. Hatten bereits vor der Krise einige BeobachterInnen kritisiert, dass das europäische *flexicurity*-Konzept – im Vergleich zu seinen nationalen Vorbildern in Dänemark und den Niederlanden – einen deutlich marktliberaleren Charakter aufwies, so kam es nun zu einer weiteren Verschärfung des Ungleichgewichts zwischen der Flexibilitäts- und Sicherheitskomponente innerhalb des Konzepts (Erne 2011). Während die europäischen Politikempfehlungen und Vorgaben insbesondere eine nach unten gerichtete Lohnflexibilität forderten, war von Beschäftigungssicherheit kaum noch die Rede:

Sozialschutzmaßnahmen wie Arbeitslosenunterstützung und Beschäftigungsschutz wurden in vielen Ländern gleichzeitig geschwächt. Flexicurity sollte, wie ursprünglich von der Europäischen Kommission vorgesehen, Arbeitsplatzsicherheit durch Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssicherheit ersetzen. Die Entwicklungen deuten jedoch darauf hin, dass die vorherrschende Tendenz in der EU derzeit darin besteht, beides zu reduzieren. (Hastings/Heyes 2018: 18)

Die Sicherheitskomponente des Konzepts rückte in der Krise in den Hintergrund, sodass Bessa Vilela u.a. (2016: 134f.) vorschlagen, von *flexicarity* statt von *flexicurity* zu sprechen, also von einer Synthese aus Flexibilisierung und Austerität.

Der inhaltlich-konzeptionelle Wandel von *flexicurity* lässt sich insbesondere anhand von europäischen Dokumenten nachvollziehen, welche die nationalen Arbeitsmarktpolitiken in besonderer Weise berühren. Reformvorgaben und Empfehlungen, welche auf eine Flexibilisierung des Lohnverhältnisses zielten, waren etwa in den *Memoranden of Understanding* oder in den länderspezifischen Empfehlungen detailliert beschrieben, während Beschäftigungssicherheit nur begrifflich erwähnt wurde, bspw. im Kontext des lebenslangen Lernens, oder sogar vollständig fehlte. Der Wandel des Konzeptes manifestierte sich im Begriff der Resilienz, welcher seit der Krise zunehmend in arbeitsmarktpolitisch relevanten Dokumenten der EU auftaucht und *flexicurity* in einen wettbewerbsorientierten strategischen Rahmen einbettet (Canton u.a. 2014: 3; COM 2017b: 71ff.; Theodoropoulou 2018: 31). Dabei zielt der Resilienzbegriff auf eine stärkere Verknüpfung der Arbeitsmarkt- mit der europäischen Wirtschaftspolitik. Das Konzept der *flexicurity* wird dabei normativ auf eine Flexibilisierungsagenda reduziert, dessen beschäftigungspolitischen Aspekte ausschließlich aus der Perspektive

ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit bewertet werden (Wigger/Horn 2019: 184-188). Resilienz gilt als größerer arbeitsmarktpolitischer Rahmen, während *flexicurity* mehr und mehr in den Hintergrund tritt.

3. Resilienz als Schlüssel neoliberaler Krisenbearbeitung

Der Begriff Resilienz kommt ursprünglich aus der Entwicklungspsychologie und beschreibt die psychische Widerstandsfähigkeit eines Menschen, um auf persönliche Krisen zu reagieren (Mergenthaler 2012: 60ff.; vgl. Wustmann 2008: 18). Dabei wird eine persönliche Regulierungsfunktion zwischen dem Individuum und seiner Umwelt angenommen. Resilienz ist nicht angeboren, sondern muss erlernt werden (Fröhlich-Gildhoff/Rönnau-Böse 2011: 10ff.). Während der Begriff in der Psychologie seit den 1950er Jahren bekannt ist, wurde er ab den 1970er Jahren insbesondere in der Umweltforschung und den Ingenieurwissenschaften aufgegriffen (Bonß 2015: 18). Zugleich wurde der Begriff der „Vulnerabilität“ – die Verletzbarkeit eines Systems durch externe Erschütterungen – von der Technik wieder zurück ins Soziale geholt: Aus der technischen Perspektive bedeutet dies, technische Systeme (Häuser, Staudämme etc.) so zu konstruieren, dass sie gegenüber äußeren Umwelteinflüssen (bspw. Erdbeben, Hochwasser etc.) widerstandsfähig sind (Meskouris u.a. 2007). Nach sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten funktioniert das Konzept ähnlich, nur dass die betrachteten Systeme keine technischen Konstrukte, sondern soziale Gebilde sind. Im Zentrum des Erkenntnisinteresses steht, wie ein soziales System funktionieren kann, auch wenn es durch „externe Schocks“ wie ökonomische und ökologische Krisen erschüttert wurde (Pagett 2018). Dem Konzept zufolge können auch soziale Systeme Resilienzen gegenüber spezifischen Schocks und Erschütterungen ausbilden, insofern man ihre „Vulnerabilität“ analysiert und entsprechende Vorkehrungen trifft. Das Ziel, die soziale Ordnung auch nach externen Schocks aufrecht zu erhalten, machte das Resilienzkonzept attraktiv für die Sicherheitsforschung, welche den Begriff als eine der ersten sozialwissenschaftlichen Disziplinen aufnahm. Im Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses steht dabei die Überprüfung bestehender sozialer Systeme auf ihre Resilienz gegenüber terroristischen Anschlägen (vgl. Coaffee/Wood 2006: 504f.).

Doch blieb das Konzept nicht auf die Sicherheitsforschung beschränkt. Ausgehend von der Erkenntnis, in einer immer komplexeren und sich schneller wandelnden sozialen Umwelt zu leben, in der die klassischen Regelungs- und Steuerungssysteme nicht mehr greifen, avancierte der Resilienzbegriff in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu einem „Buzzword“ (Blum u.a. 2016). Die durch die neoliberale Durchdringung der alten Industriegesellschaften

produzierte Verunsicherung und aufkommenden neuen Risiken wurden von der Soziologie ab Mitte der 1980er Jahre unter dem Begriff „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) thematisiert und verarbeitet. „Sicherheit“ wurde zu einer sozialen, ökonomischen und politischen Größe, wobei Resilienz als Gegenstrategie verstanden wurde, den neuen, oftmals unkalkulierbaren Risiken in einer immer komplexeren und vernetzten Gesellschaft zu begegnen. Da die Bedrohung nicht klar identifiziert und benannt werden kann, muss auch ihre Abwehr in erster Linie eine Antizipation möglicher Risiken und eine dementsprechende Vorsorge beinhalten. Dementsprechend folgte der „komplexitätstheoretischen Wende“ (Kaufmann 2012: 111) in den Sozialwissenschaften die Etablierung eines sozialen Risikomanagements, welches neoliberalen Prämissen folgte (Schmid 2004).

Einen weiteren Schub erhielt das Konzept durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007. So konnte sich im Zuge der Krise das Resilienzkonzept in den Wirtschaftswissenschaften etablieren und gewann unter dem Begriff „ökonomischer Resilienz“ zunehmend an Einfluss (Briguglio u.a. 2009; Brinkmann u.a. 2017; Obschonka u.a. 2016; Strambach/Klement 2016).

Trotz seiner interdisziplinären und unterschiedlichen Verwendung beschreibt der Resilienzbegriff eine übergeordnete Funktion: die Fähigkeit eines spezifischen Systems, sei es politisch, ökonomisch, ökologisch oder technisch, externen und abrupten Erschütterungen zu widerstehen, sie abzufedern oder extreme Auswirkungen zu verhindern. Dabei setzt das Konzept voraus, dass die Fähigkeit zu Resilienz nicht im Vorhinein existiert, sondern hergestellt werden muss. So definiert auch der National Research Council (2012: 16) der USA den Begriff der Resilienz als „die Fähigkeit, sich auf tatsächliche oder potenzielle unerwünschte Ereignisse vorzubereiten und diese zu absorbieren, sich von ihnen zu erholen oder sich erfolgreicher daran anzupassen“. Die Vorbereitung auf ein unerwünschtes Ereignis steht im Vordergrund des Konzeptes.

4. Resilienz als universale Strategie der EU

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise hat das Resilienzkonzept Eingang in die internationale Politik gefunden. Neben der OECD (vgl. Röhn u.a. 2015; OECD 2017) und anderen internationalen Institutionen begann auch die EU den Resilienz-Ansatz als konzeptionell-strategischen Rahmen in ihre Politikformulierung einfließen zu lassen. Sowohl in der 2016 verabschiedeten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitsstrategie als auch in den Grundzügen europäischer Klimapolitik findet sich der Begriff an prominenter Stelle (Bendik 2017; COM 2013; Europäische Union 2016). In der Erklärung von Rom wurde die Schaffung von Resilienz gar als ein gemeinsames europäisches Ziel ausgegeben (Europäischer Rat 2017: 1).

Resilienz ist damit zur konzeptionellen Allzweckwaffe für jegliche Form der Problembewältigung innerhalb der EU geworden und fungiert vor allem für die Europäische Kommission als zentrale Handlungsstrategie (vgl. Hanisch 2016). In fast jedem neueren Dokument der Kommission² findet sich der Begriff der Resilienz, ob zur europäischen Fischereipolitik, zur Industriepolitik oder auch zur Cyberabwehr. Für die Kommission ist die ressortübergreifende Verwendung des Resilienz-Begriffs in erster Linie mit der Absicht einer Stärkung ihrer eigenen Position verbunden. Mit Verweis auf die Komplexität und Fragilität der jeweiligen Politikbereiche suggeriert der Resilienzbegriff die Notwendigkeit einer europäischen Steuerungs- und Regelungsstruktur, da die Probleme nicht mehr im nationalen Rahmen zu lösen seien. Die Adaption des Resilienzkonzeptes und der damit verbundenen Risiko- und Komplexitätsanalyse ist ein gewichtiges Argument für eine weitere Europäisierung und Supranationalisierung von Kompetenzen (Höpner 2015). Wie Bröckling (2017: 139) betont, bleibt aufgrund der Kontingenz zukünftiger Ereignisse, die „Fähigkeit, Störungen zu absorbieren, so flüchtig wie wirtschaftlicher Erfolg“, weshalb die „Arbeit an Resilienz niemals nachlassen“ dürfe.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich der Ansatz auch in der europäischen Wirtschaftspolitik auswirkt: So zielt die Forderung nach ökonomischer Resilienz in erster Linie auf den gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum, welcher gegenüber externen ökonomischen Schocks eine gewisse Widerstandsfähigkeit ausbilden soll. Im ökonomischen Kontext tauchte der Begriff, nachdem bereits mehrfach von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Kommission (DG ECFIN) als analytische Kategorie verwendet (vgl. Biroli u.a. 2010; European Commission 2012), erstmals im sogenannten 5-Präsidentenbericht zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) prominent auf (Juncker u.a. 2015). Darin wurde das „übergeordnete Ziel“ formuliert, die „Strukturen im gesamten Euro-Währungsgebiet [...] widerstandsfähig zu machen“ (Juncker u.a. 2015: 7). Zugleich gestanden die europäischen Funktionsträger damit ein, dass ökonomische Krisen ein wiederkehrendes Problem seien, denen man nur durch strukturelle Reformen begegnen, die man aber nicht grundsätzlich verhindern könne. Dementsprechend drängten die fünf Präsidenten der europäischen Institutionen darauf, die Strukturen der Wirtschafts- und Währungsunion so zu gestalten, dass eine „höhere Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Krisen“ gegeben sei (Juncker u.a. 2015: 11).

Im Fall der WWU korrespondiert der Resilienz-Ansatz mit der Theorie optimaler Währungsräume (OCA). Die OCA-Theorie besagt, dass eine Währungs-

2 Die Webseite der Kommission listet insgesamt mehr als 40.000 Dokumente, in denen der Begriff „Resilience“ auftaucht.

union dann optimal ist, wenn sich externe wirtschaftliche Schocks symmetrisch, also auf alle Mitgliedsstaaten gleichmäßig auswirken (Mundell 1961). Ist dies nicht der Fall, so verursacht ein Währungsraum vor allem mehr Kosten als Nutzen, da nicht individuell mit einer eigenständigen Geld- und Währungspolitik auf externe Schocks reagiert werden kann. Für die OCA-Theorie sind asymmetrische Schocks dann ein Problem, wenn innerhalb des Währungsraums keine alternativen Mechanismen zur Absorption eben jener externen Schocks, wie etwa Transfermechanismen, Lohnflexibilität und Arbeitskräftemobilität bereitstehen oder nur schwach ausgeprägt sind (Scharpf 2011: 191f).

Hier greift das Resilienz-Konzept, da die *Stärkung der Widerstandsfähigkeit* von Systemen *gegenüber externen Schocks* im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht. Ökonomische Krisen als externe Schocks werden durch das Resilienz-Konzept als unvermeidlich verstanden. Es kann deshalb nicht darum gehen, Krisen verhindern zu wollen, sondern vielmehr einen Mechanismus zu entwickeln, mit dem Krisen begegnet und verarbeitet werden können. Ökonomische Krisen werden zu einer Art Naturkatastrophe erklärt. Um einer solchen Bedrohung besser begegnen zu können, benötigt es resiliente Strukturen und Mechanismen, welche die externen Schocks absorbieren, verarbeiten oder zumindest auf diese reagieren können. Verbindet man die Erkenntnisse der OCA-Theorie mit jenen des Resilienzansatzes, so wird es zur Herstellung einer größeren Resilienz der WWU gegenüber Krisen notwendig, Strukturen herauszubilden, welche sowohl eine größere Risikoteilung (Transfermechanismen etc.) als auch eine stärkere Risikominimierung – bspw. durch eine nach unten gerichtete Lohnflexibilität oder eine höhere Arbeitskräftemobilität – gewährleisten können. Vor diesem Hintergrund wird ökonomische Resilienz daher verstanden als

die Fähigkeit eines Landes, einen externen Schock auszuhalten und sich nach einer Rezession schnell wieder zu erholen. Widerstandsfähige Wirtschaftsstrukturen verhindern, dass ökonomische Schocks erhebliche und anhaltende Auswirkungen auf das Einkommens- und Beschäftigungsniveau haben, womit Konjunkturschwankungen verringert werden können. (COM 2017a: 2; vgl. COM 2018: 29)

Dementsprechend wurden die starken wirtschaftlichen Divergenzen zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten als auch die zu starren Regulierungen der Produkt- und Arbeitsmärkte in den jeweiligen Mitgliedsländern als Resilienzhindernisse identifiziert (COM 2017a: 3, 2017c).

Vor allem die DG ECFIN wurde innerhalb der Kommission zum Treiber des Resilienzkonzeptes. Nachdem sie bereits seit dem Ausbruch der Eurokrise das Resilienzkonzept in den ökonomischen Kontext einführte, begann sie im Jahr 2017 damit, das Konzept weiter auszubuchstabieren und Indikatoren zu definieren, ab wann eine Volkswirtschaft als resilient eingestuft werden kann. Dabei orientierte sie sich sowohl an eigenen Vorarbeiten (Arpaia/Turrini 2013;

Buti/Padoan 2013; Manca u.a. 2017) als auch an bestehenden wirtschaftswissenschaftlichen Operationalisierungen (bspw. Briguglio u.a. 2009; Sondermann 2016). In einem Arbeitspapier für die Eurogruppe schlug die DG ECFIN (2017a) drei Kategorien vor, anhand derer die europäischen Volkswirtschaften untersucht und ihre Resilienz bestimmt werden soll. So gilt für die DG ECFIN eine Volkswirtschaft als resilient, wenn sie 1. eine geringe Anfälligkeit für externe Schocks aufweist (*stability*), 2. ihre Wirtschaftsstrukturen eine hohe Absorbtionsfähigkeit gegenüber externen Erschütterungen aufweisen (*flexibility*) und 3. eine hohe Regenerationsfähigkeit (*change*) besitzen.

Im Kontext dieser kategorialen Einteilung von Resilienz untersuchte das *Joint Research Centre* (2018) der Europäischen Kommission die Ursachen für die asymmetrischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 und analysierte die europäischen Volkswirtschaften anhand der drei genannten Resilienzkategorien. Dabei kam das JRC zu dem Schluss, dass die geringe Resilienz der süd- und osteuropäischen Staaten, insbesondere aufgrund der hohen Anfälligkeit und der geringen Absorbtionsfähigkeit für externe Schocks, der zentrale Grund für die Krisenprozesse waren (COM 2017a: 9f.; JRC 2018: 17f.). Die Bankenrettungen, die institutionellen Konstruktionsfehler der WWU oder die schwerwiegenden politischen Fehler europäischer Eliten in der ersten Krisenphase wurden in der Analyse vollständig ausgeklammert (Theodoropoulou 2017). Vielmehr wurden die drei Kategorien mit Indikatoren verknüpft und ihre Entwicklung während des Krisenverlaufs miteinander verglichen, um so die länderspezifische Resilienz jedes EU-Mitgliedsstaates zu messen. Indikatoren wie die jeweilige Staatsverschuldung, Lohnwachstum, Flexibilität der Arbeitsmärkte oder Produktivitätswachstum wurden dafür in einen einheitlichen „Resilience Indicator“ aggregiert (JRC 2018: 19f.).

Folgt man den Ergebnissen der Studie, so wies die deutsche Volkswirtschaft in der Krise die resilientesten Wirtschaftsstrukturen auf, während vor allem jene der süd- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten in der Krise nur über geringe Widerstandskräfte verfügten (JRC 2018: 15ff.). Dabei unterscheiden die AutorInnen zwischen kurzfristiger und mittelfristiger Resilienz, wobei für erstere die Anfälligkeit und Absorbtionsfähigkeit, und für letztere die Regenerations- bzw. Anpassungsfähigkeit einer Volkswirtschaft von Bedeutung ist. Die hohe Widerstandsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft ergibt sich der Studie zufolge aus einer geringen Anfälligkeit und einer hohen Absorbtionsfähigkeit aufgrund reformierter und effektiver Sozialsysteme, Kurzarbeitsregelungen und flexibler Lohnstrukturen sowie einer starken Anpassungsfähigkeit aufgrund einer geringen Staatsverschuldung wie auch eines hohen Produktivitätsniveaus bei niedrigem Lohnwachstum (JRC 2018: 6; 21). Damit konnten deutsche Unternehmen in der Krise das Lohnwachstum flexibel drosseln, qualifiziertes Personal langfristig

halten und wieder schnell an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zugewinnen (JRC 2018: 15).

Dagegen zeichnen sich die ost- und südosteuropäischen Mitgliedsstaaten wie Bulgarien, Litauen, Rumänien oder Polen – aufgrund des Fehlens effektiver Sozialleistungen – durch eine geringe kurzfristige Resilienz aus, besitzen aber, durch ein niedriges Lohnwachstum und hohe ausländische Direktinvestitionen eine ausgeprägte mittelfristige Resilienz (JRC 2018: 19). Die südeuropäischen Mitgliedsstaaten, insbesondere Griechenland, wiesen dagegen weder eine kurzfristige noch eine mittelfristige Resilienz auf, da die Lohnflexibilität in Abhängigkeit zur Produktivitätsentwicklung nur gering ausgebildet war. Zudem weisen die AutorInnen darauf hin, dass auch die hohe Staatsverschuldung und die starke Finanzialisierung in den südeuropäischen Ländern die geringe Resilienz der Volkswirtschaften begünstigt haben:

Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, die hohe Verschuldung und das große Engagement an den Finanzmärkten waren der Grund, weshalb Griechenland, Italien, Portugal und Spanien in eine tiefere Rezession gestürzt sind als viele andere europäische Länder (JRC 2018: 26).

Das Resilienzkonzept ist sowohl in der zitierten Studie (JRC 2018: 9) als auch in den verschiedenen Papieren und Berichten der DG ECFIN mit der Forderung nach „Resilienz fördernde Strukturreformen“³ (COM 2017a: 9) verbunden, wobei damit in erster Linie „Strukturreformen, die beispielsweise die Produkt- und Arbeitsmarktflexibilität erhöhen“ (COM 2018: 39) gemeint sind d.h. eine Dezentralisierung der Lohnbildungssysteme sowie eine Flexibilisierung und ein Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten im Vordergrund steht (COM 2017a: 7). Interessanterweise wird im Zusammenhang mit Resilienz auch auf die 2017 von den Staats- und Regierungschefs verabschiedete Säule Sozialer Rechte (EPSR) verwiesen und ihr Ausbau sowie ihre Einbindung in das Europäische Semester eingefordert. Allerdings erschöpfen sich die meisten Forderungen in einer allgemeinen Stärkung der EPSR, während konkrete Vorschläge ausbleiben (JRC 2018: 29). Abgesehen davon, dass die EPSR bisher lediglich einen unverbindlichen, symbolischen Charakter besitzt (Seikel 2017), weisen Wigger/Horn (2019) auf die Wettbewerbsorientierung der darin postulierten sozialen Rechte hin. So schreibt die Kommission, dass die „Errichtung einer europäischen Säule sozialer Rechte [...] in weitergehender Anstrengungen zum Aufbau eines inklusiven und nachhaltigen Wachstumsmodells eingebunden sein [soll], bei dem Europas Wettbewerbsfähigkeit, seine Eignung für Investitionen sowie die Entstehung von Arbeitsplätzen und

3 Die Kommission (2017d) definiert ökonomische Strukturreformen als „die wesentlichen Wachstumstreiber durch die Liberalisierung der Arbeits-, Produkt- und Dienstleistungsmärkte“.

der soziale Zusammenhalt gestärkt werden.“ (Europäische Union 2017). Damit ist die EPSR nicht nur mit dem europäischen Krisennarrativ, sondern ebenso mit dem ökonomischen Resilienzkonzept vereinbar und komplementär.

Zusammengenommen muss daher das Konzept ökonomischer Resilienz als nachträgliche Legitimierung für die europäische Krisenbearbeitung ab 2009 verstanden werden. Sowohl die Indikatoren als auch die jeweiligen Politikempfehlungen sind „alter Wein“ neoliberaler Krisenbearbeitung, welche in einen „neuen Schlauch“ gefüllt, d.h. diskursiv neu gerahmt und zu einem „Resilienzfaktor“ aggregiert wurden. Die Flexibilisierung der Löhne nach unten, die Reduktion von ArbeitnehmerInnenrechten wie auch eine Senkung staatlicher Ausgaben waren nicht nur in der letzten großen Krise die gängige Formel zur Überwindung ökonomischer Krisenprozesse (Sablowski u.a. 2018). Vielmehr folgt dies einer neoliberalen Tradition der Krisenbearbeitung, welche in erster Linie auf eine Entlastung der ArbeitgeberInnen und auf eine Stärkung der Profitabilität des Kapitals zielt. In einem Artikel über die „Austerity-Tendenzen in Westeuropa“ hatte Elmar Altvater bereits in den 1970er Jahren die Reduktion der Lohnstückkosten sowie des Staatshaushaltes als zentralen Ansatzpunkt neoliberaler Krisenbearbeitung identifiziert. So schrieb Altvater (1978: 54):

Eine Politik der ‘Dämpfung des Preis- und Kostenauftriebs’ hat unausgesprochen die Hebung der Profitabilität des Kapitals zum Ziel, und bedient sich gerade deshalb restriktiver Maßnahmen im Staatshaushalt und bei der Lohnpolitik. Denn durch die ersteren wird das Kapital deshalb entlastet, weil der Staat seinen Zugriff auf ökonomische Ressourcen verringert, und durch die letzteren gewinnt das Kapital, da sich die Verteilung des Wertprodukts zu seinen Gunsten verbessert.

Dementsprechend stellt das Konzept ökonomischer Resilienz eine Fortsetzung neoliberaler Krisenbearbeitung dar und zugleich den neuen ideologischen Rahmen für die wirtschaftspolitische Nachkrisenpolitik. So wird Resilienz im europäischen Kontext von der Kommission eng mit den neu geschaffenen Strukturen des Europäischen Semesters verbunden (COM 2017a: 3). Das Resilienzkonzept stellt die ideologische Legitimierung einer neuen, radikaleren Form europäischer Integration dar, welche Roland Erne (2019: 2) als „vertical hierarchical integration“ bezeichnet. Dieser neue Modus basiert auf einer Politik von *Governance by Numbers* d.h. einer spezifischen Form der Unternehmensführung, wie sie bei transnationalen Unternehmen üblich ist (Erne 2018: 240). Der in der Krise etablierte neue Modus europäischer Integration ist durch eine permanente Überwachung und Kontrolle der Mitgliedsstaaten und ihre Bestrafung im Falle von Fehlentwicklungen spezifischer ökonomischer Indikatoren charakterisiert (Schulten/Müller 2013; Seikel 2016). Diese Form vertikaler Integration ergänzt die bereits bestehenden Formen horizontaler Integration durch die Freiheiten des Binnenmarktes, womit die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise nicht ersetzt, sondern vielmehr radikalisiert

wurde. Das Resilienzkonzept bietet dafür den umfassenden ideologischen Rahmen, um eine Vergleichbarkeit zwischen den Mitgliedsstaaten herzustellen und Strukturereformen von einzelnen Ländern zu verlangen bzw. durchzusetzen.

5. Die Neue Europäische Arbeitsmarktpolitik im Zeichen ökonomischer Resilienz

Über die europäische Wirtschaftspolitik fand das Resilienzkonzept auch Eingang in die EU-Arbeitsmarktpolitik. Diese hatte durch die kriseninduzierten Reformen der *economic governance* eine erhebliche Aufwertung auf europäischer Ebene erfahren und war durch das Europäische Semester nicht nur verbindlicher geworden, sondern hatte auch erheblich an Kompetenzen dazugewonnen (Sablowski u.a. 2018; Syrovatka 2018). Zugleich war die Arbeitsmarktpolitik zu einem zentralen Hebel wirtschaftspolitischer Krisenanpassung der EU geworden, konnte doch nur über eine Neujustierung der Arbeitsmarktregulierung eine „höhere Flexibilisierung der Löhne nach unten“ (European Commission 2012: 49) erreicht werden. Die Regulation des Lohnverhältnisses in den Mitgliedsstaaten war zum Hauptansatzpunkt der europäischen Krisenpolitik geworden, da sowohl die Krisenanalyse als auch die europäische Krisenbearbeitung zentral auf die Erhöhung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet waren (Heinrich 2015).

Die zentrale Stellung der Arbeitsmarktregulierung in der europäischen Krisenbearbeitung begründet auch ihre Rolle im Konzept ökonomischer Resilienz. In der oben zitierten Studie des European Political Strategy Centre sind sowohl der Anstieg der Lohnstückkosten und das Lohnwachstum als auch die Abweichung der Lohnentwicklung von der Produktivität zentrale Indikatoren zur Feststellung volkswirtschaftlicher Resilienz (JRC 2018: 22). So gilt die spezifische Regulierung der Arbeitsmärkte als zentraler Baustein zur Schaffung von Resilienz. Arbeitsmärkte sollen so gestaltet werden, dass sie „responsiv“ zur ökonomischen Konjunktur funktionieren, d.h. es wird den Unternehmen so viel Handlungsspielraum zugestanden, dass Arbeitszeiten und Löhne abhängig von der ökonomischen Lage angepasst werden können:

Ordnungsgemäß funktionierende Arbeitsmarktinstitutionen, die auf Schwankungen der Konjunktur reagieren, können die Auswirkungen von Schocks auf die Beschäftigung dämpfen und sind wichtig, um die Reaktionsfähigkeit der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. [...] Reaktionsschnelle Institutionen zur Abfederung von Schocks umfassen beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen und flexible Lohnfestsetzungsmechanismen [...] (COM 2017a: 7)

Das europäische Verständnis von Resilienz zielt auf eine Deregulierung europäischer Arbeitsmärkte, was kurzfristig eine schnelle Reduktion der Lohnkosten und der Personalkapazitäten erlauben soll. Löhne und Personalkapazitäten werden so

zu spezifischen Variablen, welche im Krisenfall flexibel und schnell verschoben werden sollen.

Damit weist das Resilienzkonzept große Ähnlichkeiten mit betriebswirtschaftlichen Personalmanagementkonzepten auf. Die unter den griffigen Slogans wie das „atmende Unternehmen“ (Hartz 1996), bzw. die „atmende Fabrik“ bekannt gewordenen Konzepte propagierten eine wettbewerbsorientierte Umstrukturierung von Unternehmensabläufen und des Personalmanagements mit dem Ziel durch „maximale Flexibilität [...] schnell auf die Gegebenheiten des Marktes reagieren zu können“ (Fröleke 2018: 21). Eine derartige Umstrukturierung aller Bereiche des Unternehmens bezeichnet Sauer (2017: 311) als „Vermarktlichung“ von betrieblichen Abläufen und Prozessen: „Der Markt wird in seiner Kontingenz und Dynamik zum Strukturierungsmoment der betrieblichen Organisation“.

Der Gedanke wird vom europäischen Resilienzkonzept aufgenommen und auf die makroökonomische Ebene übertragen. Der Flexibilisierung der betriebsinternen Strukturen folgt die Flexibilisierung der externen Strukturen des Arbeitsmarktes in Form einer weitgehenden Deregulierung des Kündigungsschutzes, von Arbeitszeitregelungen, Leiharbeit und befristeter Beschäftigung; in Form der Schwächung der institutionellen und organisationalen Machtressourcen der Gewerkschaften sowie der bestehenden Tarifstrukturen, aber auch in Form der Einführung von Zeitarbeit und anderer Unterstützungs- und Übergangsmöglichkeiten (COM 2017a: 8).

Die Instrumente zur Herstellung von resilienten Arbeitsmärkten wurden bereits im Bericht der DG ECFIN „Labour Market Developments in Europe 2012“ aufgezeigt. In jenem Bericht führt die DG ECFIN die unterschiedlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die divergierenden Responsivitäten europäischer Arbeitsmärkte zurück (European Commission 2012: 21). Arbeitslosigkeit wird dabei in erster Linie als Ergebnis von unflexiblen und verkrusteten Arbeitsmärkten verstanden. Zur Herstellung von Resilienz schlägt der Bericht eine Reihe von Maßnahmen vor, u.a. den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, die Einführung von Leiharbeit sowie die Dezentralisierung von Lohnverhandlungen. Neben den genannten Punkten betont die DG ECFIN, dass eine stärkere Resilienz der europäischen Arbeitsmärkte mit einer „allgemeinen Verringerung der Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften“ (European Commission 2012: 104; Hervorhebung im Original [F.S.]) einhergehen müsse⁴.

4 Nach zahlreichen Protesten von Seiten europäischer Gewerkschaften sowie der DG EMPL ruderte die DG ECFIN bereits wenige Monate nach Veröffentlichung des Berichts zurück und erklärte die Empfehlungen zu Taxonomien der beobachteten nationalen Strategien. Der Bericht wurde dahingehend geändert und ihm ein Corrigendum hinzugefügt (COM 2012: iii-v).

Die monopolistischen Regulationsformen des Lohnverhältnisses, wie sie vor der Krise in den meisten europäischen Mitgliedsstaaten existierten, stellten die größten Hindernisse für einen resilienten, d.h. responsiven Arbeitsmarkt dar. Entsprechend zielt die arbeitsmarktpolitische Strategie der EU primär auf eine Aufweichung bestehender arbeitsmarktrechtlicher Regelungen und auf eine Dezentralisierung nationaler Lohnbildungssysteme (Erne 2015; Müller/Schulten 2019). Die monopolistischen Formen einer kompetitiven Regulation des Lohnverhältnisses weichen⁵.

Die arbeitsmarkt- und lohnpolitische Krisenbearbeitung der EU hatte sich bereits seit 2011 an dieser inhaltlichen Stoßrichtung orientiert. Wirft man einen näheren Blick auf die länderspezifischen Empfehlungen im Zuge des Europäischen Semesters, so bekam fast jedes europäische Mitgliedsland seit 2011 arbeitsmarkt- und lohnpolitische Empfehlungen, die auf eine Flexibilisierung bestehender Regulierungen drängten:

In ähnlicher Weise spiegeln die seit Beginn der Krise durchgeführten Arbeitsmarktreformen im Großen und Ganzen die Notwendigkeit wider, die bestehenden politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen zu modernisieren, um die Widerstandsfähigkeit und Flexibilität des europäischen Arbeitsmarktes zu verbessern. [...] Entsprechend den Empfehlungen der EU waren die Reformen eher makrostruktureller Natur und konzentrierten sich auf das Arbeitsschutzrecht (EPL), die Konzeption automatischer Stabilisatoren und Rahmenbedingungen für die Lohnfestsetzung (Canton u.a. 2014: 3).

Für 21 EU-Mitgliedsstaaten sprach die EU zwischen 2011 und 2018 arbeitsmarktpolitische Empfehlungen aus, die entweder auf eine Dezentralisierung der Lohnfindung, eine Deregulierung des Arbeitsrechts, eine Senkung des Mindestlohnes bzw. eine moderate Lohnentwicklung oder auf eine Reform der Arbeitslosenversicherung zielten. In Ländern wie Griechenland oder Rumänien, welche Hilfskredite der EU in Anspruch nahmen, wurden die monopolistischen Regulationsstrukturen durch direkte Eingriffe vollständig zerschlagen und durch kompetitive Strukturen ersetzt. In ihrer arbeitsmarktpolitischen Stoßrichtung unterscheiden sich die verschiedenen Memoranden kaum, unabhängig davon, ob die Kredite als Zahlungsbilanzdarlehen oder als Kredite aus den unterschiedlichen

5 In der Regulationstheorie wird unter einer kompetitiven Form der Regulation des Lohnverhältnis eine den Marktkräften unterworfenen Lohnbildung verstanden, in der das Lohnverhältnis kaum sichtbar und kollektiv durchgesetzt wird. Durch das Fehlen einer stärkeren Regulierung ist die Lohnbildung von der aktuellen Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt abhängig. Dagegen steht die monopolistische Form der Regulation des Lohnverhältnisses, welche sich durch eine hohe Regulierung und starke Gewerkschaften auszeichnet. Das Lohnverhältnis ist hier vollständig durchgesetzt und die Lohnbildung unterliegt nur partiell den Marktkräften (Hübner 1990: 161). Regulationsformen stellen Idealtypen da.

Hilfsfonds (EFSE, ESM) gezahlt wurden. Allesamt enthielten sie Forderungen nach einer Dezentralisierung der Lohnfindung, einer Abschaffung oder Aussetzung fundamentaler gewerkschaftlicher und tarifpolitischer Rechte und Sicherungsfunktionen (Allgemeinverbindlichkeit, Günstigkeitsprinzip, Aussetzung von Lohnindexierung etc.) (Müller 2015).

Nimmt man die drei Dimensionen europäischer Krisenbearbeitung zusammen, d.h. die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters, die *Memoranden of Understanding* der Troika, wie auch die „informelle Konditionalität“ der EZB, so ist der Fokus auf die Regulation des Lohnverhältnisses in den EU-Mitgliedsstaaten auffällig. Anders als die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der EU vor der Krise, welche einen symbolischen Charakter besaßen und ausschließlich über weiche Steuerungsmechanismen verfügten, zielt die neue Europäische Arbeitsmarktregulierung auf eine Deregulierung und Flexibilisierung der bestehenden mitgliedsstaatlichen Arbeitsbeziehungen durch mehr oder weniger harte, d.h. sanktionsfähige Vorgaben und Empfehlungen oder gar durch direkte Eingriffe (Erne 2015). Die institutionelle Transformation und Aufwertung der Arbeitsmarktpolitik durch die EU-Wirtschaftspolitik folgt dem Leitbild ökonomischer Resilienz.

Damit wird der Wandel auf den Begriff gebracht, dass sich die mitgliedsstaatliche Arbeitsmarktregulierung nun ausschließlich an die wirtschaftspolitischen Normen und Gegebenheiten des Marktes anzupassen hat. Ökonomische Entwicklungen werden als prekär verstanden, womit eine umfassende Flexibilität arbeitsmarktpolitischer Regelungs- und Steuerungsstrukturen impliziert wird. Der Markt wird normativ zur unabhängigen Variablen erklärt, auf dessen mögliche eruptive Entwicklung die Nationalstaaten flexibel reagieren können sollten. Dabei geht es in erster Linie um ökonomische Wettbewerbsfähigkeit, denn auf einem durch Konkurrenz geprägten Weltmarkt bzw. innerhalb eines wettbewerbsstaatlichen Wirtschaftsraumes wie der WWU ist vor allem die preisliche Wettbewerbsfähigkeit die zentrale Variable von Resilienz (Bröckling 2017: 139). Europäische Arbeitsmarktpolitik zielt dementsprechend nicht mehr auf die Schaffung eines „Ausgleichs“ zwischen Flexibilität und Beschäftigungssicherheit, sondern auf die Herstellung flexibler Strukturen, um im ökonomischen Krisenfall schnell reagieren und die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten oder sogar verbessern zu können.

6. Schlussfolgerungen

Der Resilienzbegriff hat in den letzten zwei Jahrzehnten einen rasanten Aufstieg in der wissenschaftlichen Diskussion erfahren. Seine Beliebtheit verdankt er vor allem

seiner Universalität und Offenheit gegenüber anderen konzeptionellen Ansätzen. Letztendlich sagt der Begriff jedoch nicht mehr aus, als dass ein spezifisches System Widerstandskräfte gegen „externe Schocks“ entwickeln kann. Auf einer deskriptiven Ebene beschreibt Resilienz einzig den „Fortbestand eines Systems angesichts von unabsehbaren Herausforderungen“ (Bröckling 2017: 132). Wie genau diese Widerstandskräfte aussehen und wie sie entwickelt werden müssen, darüber sagt das Konzept nichts aus. Damit ist das Resilienzkonzept ein abstraktes Konzept, das sich sowohl theoretisch als auch empirisch unterschiedlich füllen lässt.

Die begriffliche Unschärfe macht Resilienz zu einem zentralen Schlüsselbegriff im EU-Krisenmanagement. Sie ermöglicht, dass der Begriff in unterschiedlichen Kontexten verwendet werden kann, ohne dass er Widerstände provoziert. Im Gegenteil können mit dem Resilienzbegriff politische Differenzen überwunden werden, da seine individual-psychologische Basis soziale Ursachen von Krisen ausblendet. Was jedoch unter Resilienz genau verstanden wird und gegen welche möglichen Erschütterungen Widerstandskräfte ausgebildet werden sollen, bleibt Ausdruck gesellschaftlicher und institutioneller Kräfteverhältnisse. Die dominante Position der DG ECFIN innerhalb der Europäischen Kommission führte in den letzten Jahren dazu, dass eine marktliberale Interpretation des ökonomischen Resilienzkonzeptes diskursiv hegemonial ist.

Übertragen auf die europäische Krisenbearbeitung bedeutet dies, dass das hegemoniale Krisennarrativ, welches die Ursachen der Krise in der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedsstaaten verortet, nun auch begrifflich festgeschrieben wird. Nicht die hierarchische Arbeitsteilung und die ungleiche Entwicklung waren die treibenden Kräfte der Eurokrise, sondern die geringe Resilienz der süd- und südosteuropäischen Mitgliedsstaaten (JRC 2018). Unterschiedliche politische und ökonomische Ausgangsbedingungen sowie Machtbeziehungen zwischen den europäischen Mitgliedsländern werden ausgeblendet. Vielmehr impliziert das ökonomische Resilienzkonzept, dass die europäischen Volkswirtschaften als Filialen eines europäischen Dachkonzerns handeln, die sowohl untereinander als auch auf dem Weltmarkt in Konkurrenz miteinander stehen. Je wettbewerbsfähiger die einzelnen Filialen sind, desto wettbewerbsfähiger, d.h. resilienter ist der Konzern in Gänze. Wie bei multinationalen Konzernen impliziert auch das europäische Konzept ökonomischer Resilienz ein *governance by numbers*, also eine permanente Überwachung anhand quantitativer Indikatoren sowie eine Disziplinierung einzelner Mitgliedsstaaten (Erne 2018). Damit beschreibt das ökonomische Resilienzkonzept im Kontext europäischer Krisenbearbeitung ex-post die Radikalisierung der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise durch die Einführung vertikaler Integrationskanäle in Form quantitativer Vorgaben. Es gibt den „Reformen“ nicht nur einen Begriff, sondern auch einen langfristigen Zweck über die ad-hoc-Krisenbearbeitung hinaus.

Der Fokus europäischer Krisenbearbeitung lag auf der Transformation des Lohnverhältnisses, womit das Resilienzkonzept auch Eingang in die europäische Arbeitsmarktpolitik fand (Sablowski u.a. 2018). Wie Anfang der 2000er Jahre schlug sich die Transformation europäischer Arbeitsmarktregulierung in der Konzeption und Begrifflichkeit nieder, mit der die jeweilige Strategie begründet wurde. Während damals der Begriff der Arbeitsplatzsicherheit gegen jenen der Beschäftigungssicherheit ausgetauscht und mit Flexicurity eine neue Form Industrieller Beziehungen angestrebt werden sollte, wurde in der Eurokrise die Notwendigkeit arbeits- und lohnpolitischer Flexibilisierung unterstrichen. *Flexicurity* wurde zu *flexicarity*, womit der Resilienzbegriff in die europäische Arbeitsmarktpolitik Einzug hielt. Mit dem Begriff konnte eine weitere Vermarktlichung der Arbeitsbeziehungen sowie die Durchsetzung konkurrenzialer Formen des Lohnverhältnisses begründet und legitimiert werden. Resiliente Wirtschaftsstrukturen bedeuten demnach die Fähigkeit, die Lohnkosten flexibel und unkompliziert den wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen (Joseph 2013: 49).

Das Resilienzkonzept schafft somit einen begrifflich-konzeptionellen Rahmen für die Nach-Krisen-Ära, welche das hegemoniale Narrativ der Wettbewerbskrise nachhaltig in die institutionellen Strukturen verankern soll. Ziel ist es die in der Krise geschaffenen austeritätspolitischen Instrumente festzuschreiben und jene Formen vertikaler Integration zu legitimieren, die aufgrund der zunehmenden Desintegrationstendenzen in Europa mehr und mehr unter Druck geraten. Denn mit Verweis auf die weitere Krisenanfälligkeit der EU und insbesondere der Eurozone lassen sich der Ausbau vertikaler Integrationsinstrumente wie bspw. das Europäische Semester legitimieren.

Für ein soziales Europa ist die Durchsetzung des Resilienzkonzeptes auf europäischer Ebene keine positive Entwicklung. Denn trotz der EPSR und zahlreicher Beteuerungen der Juncker-Kommission, rückt eine soziale und arbeitnehmerInnenfreundliche Ausrichtung der EU mit dem Resilienzkonzept auch ideologisch in weite Ferne.

Literatur

- Altwater, Elmar (1978): Politische Implikationen der Krisenbereinigung. Überlegungen zu den Austerity-Tendenzen in Westeuropa. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 8(32): 43–72. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v8i32.1105>
- Arpaia, Alfonso/Turrini, Alessandro (2013): Policy-related uncertainty: At the root of the lost resilience of Eurozone labour markets? URL: voxeu.org. Zugriff: 1.3.2019.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main.
- Bendik, Annegret (2017): *A paradigm shift in the EU's Common Foreign and Security Policy: from transformation to resilience*. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.
- Bessa Vilela, Noémia; Caramelo Gomes, Jose; Silva, Natacha (2016): Flexicurity or Flexicarity? A Portuguese Overview. In: *LeXconomica* 8(2): 125–137. DOI: [https://doi.org/10.18690/18557147.8.2.125-137\(2016\)](https://doi.org/10.18690/18557147.8.2.125-137(2016))

- Biroli, Pietro u.a. (2010): *Adjustment in the Euro Area and Regulation of Product and Labour Markets: An Empirical Assessment*. Brüssel. DOI: <https://doi.org/10.2765/44864>
- Blum, Sabine; Endreß, Martin; Kaufmann, Stefan; Rampp, Benjamin (2016): Soziologische Perspektiven. In: Wink, Rüdiger (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung*. Wiesbaden: 151–177. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-09623-6_7
- Bonß, Wolfgang (2015): Karriere und sozialwissenschaftliche Potenziale des Resilienzbegriffs. In: Endreß, Martin/Maurer, Andrea (Hg.): *Resilienz im Sozialen*. Wiesbaden: 15–31.
- Briguglio, Lino; Cordina, Gordon; Farrugia, Nadia; Vella, Stephanie (2009): Economic Vulnerability and Resilience: Concepts and Measurements. In: *Oxford Development Studies* 37(3): 229–247. DOI: <https://doi.org/10.1080/13600810903089893>
- Brinkmann, Henrik; Harendt, Christoph; Heinemann, Friedrich; Nover, Justus (2017): Ökonomische Resilienz — Schlüsselbegriff für ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild? In: *Wirtschaftsdienst* 97(9): 644–650. DOI: <https://doi.org/10.1007/s10273-017-2191-5>
- Bröckling, Ulrich (2017): *Gute Hirten führen sanft. Über Menschenregierungskünste*. Berlin.
- Buti, Marco/Padoan, Pier Carlo (2013): How to make Europe's incipient recovery durable: End policy uncertainty. URL: voxeu.org. Zugriff: 11.6.2019.
- Canton, Erik; Grilo, Isabel; Monteagudo, Josefina; Pierini, Fabiana; Turrini, Alessandro (2014): *The Role of Structural Reform for Adjustment and Growth*. Brüssel. DOI: <https://doi.org/10.2765/72910>
- Coaffee, Jon/Wood, David Murakami (2006): Security is Coming Home: Rethinking Scale and Constructing Resilience in the Global Urban Response to Terrorist Risk. In: *International Relations* 20(4): 503–517. DOI: <https://doi.org/10.1177/0047117806069416>
- Erne, Roland (2011): Flexicurity. Useful Oxymoron or Genuine Class Compromise? URL: socialeurope.eu. Zugriff: 27.9.2019.
- (2015): European Economic Governance. Auf dem Weg zu einer erzwungenen Integration nationaler Arbeitsbeziehungen? In: Pernicka, Susanne (Hg.): *Horizontale Europäisierung im Feld der Arbeitsbeziehungen*. Wiesbaden: 183–200. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-07556-9_7
- (2018): Labour politics and the EU's new economic governance regime (European Unions). In: *Transfer: European Review of Labour and Research* 24(2): 237–247. DOI: <https://doi.org/10.1177/1024258918770046>
- (2019): How to analyse a supranational regime that nationalises social conflict? The European Crisis, Labour Politics and Methodological Nationalism. In: Nanopoulos, Eva/Vergis, Fotis (Hg.): *The Euro-Crisis as a Multi-Dimensional Systemic Crisis of the EU*. Cambridge: 346–368. DOI: <https://doi.org/10.1017/9781108598859.015>
- Europäische Kommission (COM) (2007): *Towards common principles of flexicurity. More and better jobs through flexibility and security*. Brüssel.
- (2013): *The EU Strategy on adaptation to climate change*. Brüssel.
- (2017a): *Economic resilience in emu. Thematic discussion on growth and jobs*. Brüssel.
- (2017b): *Labour market and wage developments in Europe. Annual review 2017*. Luxemburg.
- (2017c): *Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion*. Brüssel.
- (2017d): Structural reforms for economic growth. URL: bit.ly. Zugriff: 25.10.2018.
- (2018): *Quarterly Report on the Euro. Volume 17, No 4 (2018)*. Brüssel.
- Europäische Union (EU) (2016): *Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union*. Brüssel.
- (2017): *Europäische Säule sozialer Rechte*. Brüssel.
- Europäischer Rat (ER) (2017): *Die Erklärung von Rom*. Rom.
- European Commission (COM) (2012): *Labour Market Developments in Europe*. Luxemburg.
- Fröhlich-Gildhoff, Klaus/Rönnau-Böse, Maike (2011): *Resilienz*. München.

- Fröleke, Ulrich (2018): Die „atmende Fabrik“. In: *DER BETRIEBSLEITER* (5): 22–23.
- Giddens, Anthony (2000): Die Politik des Dritten Weges. In: Flassbeck, Heiner (Hg.): *Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte*. Hamburg.
- Hanisch, Michael (2016): *Was ist Resilienz? Unschärfen eines Schlüsselbegriffs*. Berlin.
- Hartz, Peter (1996): *Das atmende Unternehmen. Jeder Arbeitsplatz hat einen Kunden*. Frankfurt/Main.
- Hastings, Thomas/Heyes, Jason (2018): Farewell to flexicurity? Austerity and labour policies in the European Union. Austerity and labour policies in the European Union. In: *Economic and Industrial Democracy* 39(3): 458–480. DOI: <https://doi.org/10.1177/0143831X16633756>
- Heinrich, Mathis (2015): EU governance in crisis. A cultural political economy perspective on European crisis management 2007–2014. In: *Comparative European Politics* 13(6): 682–706. DOI: <https://doi.org/10.1057/cep.2014.49>
- Höpner, Martin (2015): Der integrationistische Fehlschluss. In: *Leviathan* 43(1): 29–42. DOI: <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2015-1-29>
- Hübner, Kurt (1990): *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der politischen Ökonomie*. Berlin.
- Joint Research Center (JRC) (2018): *The resilience of EU Member States to the financial and economic crisis. What are the characteristics of resilient behaviour?* Luxemburg. DOI: <https://doi.org/10.2760/840532>
- Joseph, Jonathan (2013): Resilience as embedded neoliberalism: a governmentality approach. In: *Resilience* 1(1): 38–52. DOI: <https://doi.org/10.1080/21693293.2013.765741>
- Juncker, Jean-Claude u.a. (2015): *Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden*. Brüssel.
- Juncker, Jean-Claude (2018): *Die Stunde der Europäischen Souveränität. Autorisierte Version der Rede zur Lage der Union 2018*. Straßburg.
- Kaufmann, Stefan (2012): Resilienz als ‘Boundary Object’. In: Daase, Christopher u.a. (Hg.): *Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr*. Frankfurt am Main: 109–132.
- Keune, Maarten (2008): Flexicurity: The new cure for European Labour market problems. In: Degryse, Christophe/Pochet, Philippe (Hg.): *Social developments in the European Union 2007. Ninth annual report*. Brussels.
- Kronauer, Martin/Linne, Gudrun (2007): Flexicurity: Leitbild, Rhetorik oder halbherziger Kompromiss. In: Ebd. (Hg.): *Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*. Berlin: 9–30.
- Manca, Anna Rita; Benczur, Peter; Giovannini, Enrico (2017): *Building a scientific narrative towards a more resilient EU society*. Luxemburg.
- Mergenthaler, Andreas (2012): *Gesundheitliche Resilienz. Konzept und Empirie zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit im Alter*. Wiesbaden. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19231-4>
- Meskouris, Konstantin; Hinzen, Klaus; Butenweg, Christoph; Mistler, Michael (2007): *Bauwerke und Erdbeben*. Wiesbaden. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-8348-9161-7>
- Müller, Torsten (2015): Die Troika: Kontrolle der Kontrolleure. In: Alemann, Ulrich von u.a. (Hg.): *Ein soziales Europa ist möglich*. Wiesbaden: 261–284.
- Müller, Torsten/Schulten, Thorsten (2019): Ein Ende des lohnpolitischen Interventionismus? Perspektiven für eine lohnpolitische Neuorientierung in Europa. In: Soukup, Nikolai (Hg.): *Kurswechsel in Richtung eines sozialen Europas. Perspektiven für eine Stärkung der sozialen Dimension der EU*. Wien: 59-71.
- Mundell, Robert (1961): A Theory of Optimum Currency Areas. In: *The American Economic Review* 51(4): 657–665.
- National Research Council (2012): *Disaster Resilience*. Washington D.C. DOI: <https://doi.org/10.17226/13457>

- Obschonka, Martin; Stuetzer, Michael; Audretsch, David B.; Rentfrow, Peter J.; Potter, Jeff; Gosling, Samuel D. (2016): Macropsychological Factors Predict Regional Economic Resilience During a Major Economic Crisis. In: *Social Psychological and Personality Science* 7(2): 95–104. DOI: <https://doi.org/10.1177/1948550615608402>
- Pagett, Richard (2018): *Building Global Resilience in the Aftermath of Sustainable Development. Planet, People and Politics*. Cham. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-319-62151-7>
- Röhn, Oliver; Sánchez, Aida Caldera; Hermansen, Mikkel; Rasmussen, Morten (2015): Economic resilience: A new set of vulnerability indicators for OECD countries. DOI: <https://doi.org/10.1787/5jrxhgjw54r8-en>
- Sablowski, Thomas/Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix. (2018): Zehn Jahre Krise. Regulation des Lohnverhältnisses und ungleiche Entwicklung in der Europäischen Union. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 48(3): 357 – 380. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i192.893>
- Sanders, Astrid (2013): The changing face of ‘flexicurity’ in times of austerity? In: Freedland, Mark Robert/Countouris, Nicola (Hg.): *Resocialising Europe in a time of crisis*. Cambridge: 314–333.
- Sauer, Dieter (2017): Vermarktlichung. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Minszen, Heiner (Hg.): *Lexikon der Arbeits- und Industriezoologie*. Baden-Baden: 311–314. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845276021-311>
- Scharpf, Fritz W. (2011): Monetary Union, Fiscal Crisis and the Pre-emption of Democracy. In: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 9(2): 163–198. DOI: <https://doi.org/10.5771/1610-7780-2011-2-163>
- Schmid, Günther (2004): *Soziales Risikomanagement durch Übergangsmärkte*. Berlin.
- Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2013): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39(3): 291–321.
- Seikel, Daniel (2016): Flexible Austerity and Supranational Autonomy. The Reformed Excessive Deficit Procedure and the Asymmetry between Liberalization and Social Regulation in the EU. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 54(6): 1398–1416. DOI: <https://doi.org/10.1111/jcms.12439>
- (2017): *Was bringt die Europäische Säule Sozialer Rechte?* Düsseldorf.
- Sondermann, David (2016): *Towards more resilient economies: the role of well-functioning economic structures*. Frankfurt am Main.
- Strambach, Simone/Klement, Benjamin (2016): Resilienz aus wirtschaftsgeographischer Perspektive: Impulse eines „neuen“ Konzepts. In: Wink, Rüdiger (Hg.): *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung*. Wiesbaden: 263–294.
- Syrovatka, Felix (2018): Arbeitsmarktregulierung unter Beschuss. Die neue europäische Arbeitsmarktpolitik am Beispiel der Reformpolitik Frankreichs unter Francois Hollande. In: *Industrielle Beziehungen* 25(1): 82–104. DOI: <https://doi.org/10.3224/indbez.v25i1.04>
- Theodoropoulou, Sotiria (2017): The pitfalls of pursuing economic resilience in the Eurozone. URL: <https://bit.ly/2klFxcJ>. Zugriff: 25.11.2018.
- (2018): *Drifting into Labour Market Insecurity? Labour Market Reforms in Europe after 2010*. Brüssel. DOI: <https://doi.org/10.2139/ssrn.3168383>
- Wigger, Angela/Horn, Laura (2019): The Bed You Made: Social Democracy and Industrial Policy in the EU. In: Hay, Colin/Bailey, Daniel (Hg.): *Diverging Capitalisms*. Cham: 171–193. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-030-03415-3_8
- Wustmann, Corina (2008): *Resilienz. Widerstandsfähigkeit von Kindern in Tageseinrichtungen fördern*. Berlin.
- Ziltener, Patrick (1999): *Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit*. Münster.